

PARTEIPROGRAMM DER JUGEND- UND ENTWICKLUNGSPARTEI DEUTSCHLANDS

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Alle Personenbezeichnungen gelten im gleichen Maß für beide Geschlechter, insofern nichts anderes vermerkt ist.

Präambel:

Die Jugend- und Entwicklungspartei Deutschlands hat das Ziel, eine neue, reale und linksliberale Politik insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch für alle anderen Mitbürger attraktiv und interessant zu machen.

Dies ist uns so wichtig, dass es in unserer Bundessatzung im ersten Paragraphen steht.

Wir sind eine Partei, die von Jugendlichen gegründet wurde und hauptsächlich aus Jugendlichen besteht, d.h. wir setzen uns für eine politisch aufgeklärte Jugend ein, damit die Zukunft Deutschlands in guten Händen liegt. Wenn spätere Generationen dazu fähig sind Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial weiterzuentwickeln und zu verbessern, verbessert sich die Lage von Jung und Alt. Uns ist außerdem wichtig, dass kein Generationenkonflikt entsteht und Jung und Alt friedlich zusammen leben können.

Als Schülerinnen und Schülern ist es uns ein Anliegen, dass großer Wert auf die Bildung gelegt wird - nicht nur die der Jugendlichen, sondern auch der Erwachsenen, die nach beruflicher Weiterbildung streben.

Das Projekt der Europäischen Union ist das wohl wichtigste Friedensprojekt aller Zeiten und muss deshalb um jeden Preis aufrecht gehalten und ausgebaut werden.

Zum Thema Flüchtlingspolitik hat die JED ein klares Ziel. Dieses ist die Aufnahme von Hilfesuchenden und die Integration dieser, um nicht nur Schutz vor dem Krieg, sondern auch ein glückliches Leben in Deutschland zu gewährleisten.

Wir setzen uns für eine Justiz ein, die den Menschen hilft und für Gerechtigkeit sorgt und nicht wie bisher nur ihrer selbst Willen existiert. Gleichzeitig dürfen sinnvollen technologischen Fortschritten keine unnötigen Hürden in den Weg gestellt werden.

Wir wollen Deutschland zum europäischen Silicon Valley machen, also Start-Ups und Projekte fördern, um Deutschland in Zukunft mit großartigen Ideen wirtschaftlich voranzutreiben.

Das Internet ist für uns kein Neuland - schon jetzt basiert unser gesellschaftliches Leben auf dem technologischen Fortschritt der letzten Jahre. Doch wie jedes andere Medium kann auch das Internet missbraucht werden - gerade Kinder werden einer großen Gefahr ausgesetzt.

Deswegen gilt für uns der Grundsatz: Ein Kind muss mit dem Internet aufwachsen, aber nicht im Internet.

Eine Sache steht in der JED jedoch über allem:

Wir distanzieren uns klar vom Extremismus und Rassismus, sowohl von rechter als auch von linker Seite.

1 Bildungswesen:

Das G9-Konzept muss wieder eingeführt werden, um Stress in der Schule zu vermindern und damit Leistungen zu steigern. So wird auch langfristig eine hohe Qualität der Schulbildung in Deutschland gewährleistet. Außerdem verbleibt den Schülern so mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten, welche sich positiv auf die persönliche Entwicklung der Schüler auswirken.

Der Ausbau der staatlichen Fördermittel für Bildung ist uns sehr wichtig, da zur Zeit mangelnde finanzielle Möglichkeiten das Lernen erschweren. Wenn Schulen genug Geld für sinnvolle und nützliche Investitionen haben, können sie das Lernen vereinfachen, um eine fachlich und technisch begabte Jugend zu unterstützen und damit eine gute Zukunft zu sichern.

Das Abitur darf nicht mehr länger der eine Schulabschluss sein, den es zu erreichen gilt. Die Realschul- und Hauptschulabschlüsse müssen wieder an Bedeutung gewinnen und den Schülerinnen und Schülern mit solchen Abschlüssen muss es leichter gemacht werden in den Beruf einzusteigen.

Das Ganztagsprinzip an Grundschulen muss verstärkt und verbreitet werden, um Chancengleichheit und eine faire Empfehlung für die weiterführende Schule zu gewährleisten sowie die nächste Generation der Flüchtlinge ("Flüchtlingskinder") schon direkt in die Gesellschaft zu integrieren. Die Schule bietet ein organisiertes Lernumfeld, um Hausaufgaben zu machen und sich anderweitig mit der Schule auseinanderzusetzen. Hierfür muss genügend qualifiziertes Personal vorhanden sein. So kann ein schnellerer Berufswiedereinstieg der Eltern gelingen.

Schulausfall bei Unwetter o.Ä. soll staatlich geregelt werden und in jedem Bundesland gleich behandelt werden. Parallel dazu müssen sämtliche Schulhalte und bürokratische Prozesse im Bundesgebiet überall schrittweise angeglichen werden, um Schulwechsel in ein neues Bundesland für Schüler sowie Lehrer einfacher zu gestalten und diese zu entlasten.

Wir sind für einen Ausbau digitaler Medien in Schulen - denn wir leben in einer Gesellschaft, in der die Allgegenwärtigkeit von neuen Medien sehr wichtig ist und der Umgang mit diesen erlernt werden muss, damit die technologische Weiterentwicklung daran nicht scheitert.

Um eine gewisse Vorbereitung auf das Studienleben und ggf. das Leben im eigenen Haushalt ohne Eltern zu gewährleisten, sollten Studenten auf weiterführenden Schulen als Multiplikatoren wirken und den Schülern von ihren Erfahrungen berichten sowie ihnen Tipps geben, um einfacher in das Erwachsenenleben einzusteigen.

Aufklärungsprojekte sollen vom Staat getragen werden und ab dem 8. Schuljahr regelmäßig verpflichtend stattfinden.

2 Soziales:

Wir wollen das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ausbauen und reformieren. So sollen bei Wahrnehmung der kostenlosen Weiterbildungsangebote eine mögliche Entlohnung durch eine Erhöhung des monatlichen Arbeitslosengeldes II einführen. Zusätzlich soll jeder Empfänger von Arbeitslosengeld II zu einem Mindestmaß an beruflicher Weiterbildung verpflichtet werden, sofern die persönliche körperliche Verfassung dies zulässt, ein Mindestmaß von solchen Angeboten wahrzunehmen.

Unter diesem Punkt steht auch die vom Staat bezahlte Abendschule, die es Voll- und Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen ermöglicht eine neue berufliche Laufbahn einzuschlagen, die auf die Interessen und das Können der jeweiligen Person durch ein fachliches Coaching abgestimmt ist. Es besteht auch die Möglichkeit, dass Lehrkräfte bei angemessenen Fähigkeiten im fachlichen und pädagogischen Bereich ehrenamtlich dort unterrichten.

Dazu muss der bürokratische Prozess sich ehrenamtlich zu betätigen vereinfacht werden, damit soziale Projekte o.Ä. gefördert werden. Dies gibt Rentnern auch die Chance sich einfacher ehrenamtlich zu betätigen, insofern sie dies möchten.

Die gleichgeschlechtliche Ehe ist für uns selbstverständlich und ohne Sonderregelung einzuführen und hat genauso den Namen "Ehe" verdient wie die heterosexuelle Ehe.

Die JED ist der Meinung, dass Verhütungsmittel in jungen Jahren vom Staat getragen werden müssen. Der Staat muss außerdem dafür sorgen, dass Verhütungsmittel an dafür geeigneten Orten wie Jugendzentren etc. ausgegeben werden können.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für die JED ein Muss, da es ein glückliches Zusammenleben verschiedener Kulturen ermöglicht.

3 Inneres:

Die JED will die digitale Infrastruktur ausbauen. Deutschland ist einer der führenden europäischen Mitgliedsstaaten im Bereich technologischer Fortschritt und Digitalisierung. Dies muss mit der Zukunftsvision von Deutschland als europäisches Silicon Valley nur noch verstärkt und gefördert werden.

Dabei sollte unendliches Datenvolumen erschwinglich gemacht werden, da der Informationsaustausch überall und unbegrenzt verfügbar sein sollte, vor allem in einer Zeit der Vernetzung und Digitalisierung.

Der Ausbau des Glasfasernetzes in ganz Deutschland wird angestrebt, um Engpässe bei dem Informationsaustausch zu vermeiden.

WLAN-Hotspots in Innenstädten müssen subventioniert und bestehende rechtliche Hindernisse entfernt werden.

Unsere Partei will ein Ministerium für Digitalisierung und Internet gründen, da unsere Gesellschaft für längere absehbare Zeit auf Internet angewiesen ist und ein Recht auf gesicherten und privaten Internetzugang hat. Dieses eigene Ministerium sorgt für den Schutz von u.A. Privatsphäre bei der Nutzung des Internets.

Der Bundesnachrichtendienst muss personell sowie technisch reformiert werden. Hierzu gehören mehr qualifizierte Informatiker sowie besseres Computerequipment, um eine effiziente Arbeit im Bereich des Internets zu realisieren, denn im Internet ist Zeit wesentlich mehr als Geld. Trotz eines freien Spielraums, der dem BND gegeben werden muss, darf dieser sich unter keinen Umständen der parlamentarischen Kontrolle entziehen.

Außerdem muss auch der Verfassungsschutz reformiert werden. Eine engere Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst ist eine Voraussetzung hierfür. Zusätzlich müssen die Mitarbeiter sorgfältiger ausgewählt und vor einem Einsatz als V-Mann wesentlich gründlicher überprüft und getestet werden.

Die Verteilung der Etats an Kommunen und die Austeilung von Fördergeldern muss neu strukturiert werden. Fördergelder dürfen nicht in das Unermessliche steigen, obwohl diese nie abgerufen werden; jedoch müssen Projekte im jugendkulturellen und ehrenamtlichen Bereich stärker gefördert werden. Parallel dazu müssen Kommunen das Geld bekommen, was sie benötigen; jedoch muss die Nutzung von Staatsmitteln für unnötige bauliche Maßnahmen hart sanktioniert werden und darf vom Staat nicht toleriert werden.

Rechtliche Regelungen dürfen nicht mehr so weit hinter dem technischen Stand unserer Gesellschaft stehen, wie sie es zur Zeit sind. Gesetze dürfen nicht das Hindernis für notwendige technische Entwicklungen sein. Siehe das Beispiel "Drohnen" : Den technologische Fortschritt Drohnen im Alltag, z.B. für medizinische Schnellversorgung oder Versand, zu nutzen ist gegeben, jedoch ist der lange und komplizierte bürokratische Prozess ein großes Hindernis. Wenn der juristische und bürokratische Prozess vereinfacht und verschnellert wird, steht dem Fortschritt, gerade in neuen wissenschaftlichen Feldern, wenig im Weg.

Der dauerhafte Einsatz von Leiharbeitern muss verhindert werden. Leiharbeitung muss wieder dem ursprünglichen Zweck der kurzfristigen Kapazitätssteigerung dienen. Aus diesem Grund fordert die JED eine Strafsteuer auf den Einsatz von Leiharbeitern, gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, und den Zwang einer Übernahme, wenn ein und derselbe Leiharbeiter in zehn Jahren mindestens insgesamt ein Jahr bei ein und demselben Betrieb gearbeitet hat. So will die JED die Ausnutzung von Leiharbeitern, die in den vergangenen Jahren totgeschwiegen wurde, verhindern.

Die JED fordert eine liberalere Drogenpolitik. Die bisherige Strategie der Kriminalisierung ist gescheitert und traf die Falschen. Nicht mehr Abhängige und Dealer dürfen Hauptziel der Drogenpolitik sein; vielmehr müssen Maßnahmen gegen große Kartelle getroffen werden. Daher fordern wir die Schaffung einer Kronzeugenregelung in Rechtssachen zu Drogendelikten und Rehabilitationsprogramme für Dealer und Abhängige um einen stärkeren Einzug in die Kriminalität zu verhindern.

Wir setzen uns für die Legalisierung des Verkaufs von Cannabis in zertifizierten Geschäften ab 18 ein. Auf diese Weise wollen wir sowohl eine hohe Qualität durch staatliche Institutionen sichern, als auch den hohen Aufwand und die Mittel, die jedes Jahr in die Verfolgung von Delikten bezüglich Cannabis fließen, für sinnvollere Maßnahmen im Kampf gegen die Drogen verwenden. Die Besteuerung von Cannabis wird dem Staat erwartungsgemäß als eine starke Einnahmequelle dienen, ganz nach dem Vorbild von anderen Staaten wie den Niederlanden.

Dafür muss die Bestrafung von körperlichen Delikten, vor allem von Sexualstraftaten, erhöht werden.

Des Weiteren ist die JED der Überzeugung, dass jeder Bürger automatisch Organspender sein muss und möchte dies einführen. Jene, die keine Organspender sein wollen, müssen dies aktiv verneinen und sind anschließend keine Organspender mehr.

Sterbehilfe soll in Extremfällen mit Einverständniserklärung eines zertifizierten Arztes und Psychologen und natürlich der Zustimmung des jeweiligen Patienten ausgeführt werden dürfen.

Wir sind gegen eine weitere Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, da wir

der Meinung sind, dass Terrorangriffe damit nicht verhindert werden können. Sie schränkt vielmehr die Freiheit der Bürger in unzumutbarem Maße ein.

Die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung ist nach Meinung der JED abzuschaffen. Sie ist nicht wirkungsvoll und dient einzig der Erzeugung riesiger Datenmengen und der Überwachung Unschuldiger. Die theoretisch mögliche Verhinderung von Terroranschlägen steht unserer Meinung nach nicht im Verhältnis zu der massiven Einschränkung der persönlichen Freiheit eines Jeden.

Die Netzneutralität ist ein elementarer Bestandteil der digitalen Demokratie. Jede Einschränkung dieser stellt eine nicht hinnehmbare Beeinträchtigung dieser dar und muss verhindert werden. Auch sprechen wir uns strikt gegen jede Form der Zensur aus. Selbst die aktuelle Problematik von Falschmeldungen im Internet darf in keinem Fall zu einer Form staatlich bestimmter Wahrheit führen.

Das aktive Wahlrecht soll schon ab 16 Jahren auf der Kommunal-, Landes- und Bundesebene zugesprochen werden, da man schon ab diesem Alter die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen muss und sie somit auch bestimmen sollte. Das passive Wahlrecht sollte weiterhin in der Regel ab 18 gelten.

4 Außen- und Sicherheitspolitik:

Die JED stellt sich klar hinter Europa, die EU und den Euro. Gerade in Zeiten wie diesen muss der ursprüngliche europäische Gedanke wiederentdeckt werden. Europa darf nicht zersplittern, sondern muss wieder erstarken und als geeintes Europa den Herausforderungen des 21. Jhd. entgegentreten können. Besonders Deutschland muss hierbei mit gutem Beispiel vorangehen, Solidarität darf nicht immer bloß eingefordert werden, sondern sollte wieder selbstverständlich sein.

Ein Weg der Intensivierung der Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Armee. Bereits existierende Kooperationen der Bundeswehr mit anderen Nationen zeigen uns den Erfolg derartiger Projekte.

Die Struktur der EU an sich muss dringend reformiert werden. So muss für ein größeres Maß an Demokratie gesorgt werden, also die Kompetenzen des europäischen Parlaments gestärkt werden. Nur so kann die Akzeptanz der EU wieder erhöht werden. Auch muss das Gesetzgebungsverfahren an die Anzahl der Mitgliedstaaten angepasst werden, um die Handlungsfähigkeit der EU weiter zu gewährleisten.

Die JED ist strikt gegen die PKW-Maut, da diese offenen Grenzen der EU widerspricht.

Die JED will Militäreinsätze vermeiden, da diese selten in Erfolg resultieren. Deutschland soll kein Provokant sein und sich nicht in unwichtigen Streit einmischen. Militäreinsätze sollten nur stattfinden, um Menschenrechte zu verteidigen bzw. durchzusetzen.

Auch spricht sich die JED klar gegen die amerikanische Nutzung der Air Base Ramstein bei Kaiserslautern aus. Es darf nicht sein, dass in Mitten Deutschlands ein wichtiger Beitrag zum völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden amerikanischen Drohnenkrieg geleistet wird. Wir fordern eine klare Haltung Deutschlands den Vereinigten Staaten gegenüber.

In der internationalen Politik ist außerdem eine Reform der Vereinten Nationen notwendig. Die UN ist mit ihrer derzeitigen Struktur handlungsunfähig und nicht in der Lage, internationale Konflikte nachhaltig zu lösen.

Wir glauben an die Kraft des Wortes und an Diplomatie. Die JED möchte jegliche Konflikte mit Worten und Verhandlungen lösen.

5 Umweltpolitik:

Die JED steht klar hinter der Energiewende, als einzigen Weg in eine lebenswerte Zukunft für uns alle. Die Bestrebungen zu einer grünen Energieversorgung müssen verstärkt werden.

Die JED setzt sich für die Schließung aller Atomkraftwerke in Deutschland und den verstärkten Ausbau von privaten Solarzellen, Haushaltsakkus usw. ein. Des Weiteren müssen Großanlagen für grüne Energien ausgeweitet und der Prozess der Energiegewinnung so weit optimiert werden, dass grüner Strom günstiger wird als der Strom aus fossilen Energieträgern.

Außerdem muss die Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren verringert und die Produktion von Elektroautos oder Hybriden durch effizientere Produktionsmethoden und Kommissionen angekurbelt werden. Aus diesem Grund fordert die JED einen ernstgemeinten Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Bei neugebauten Wohngebäuden müssen Solarzellen integriert werden. Der Einbau dieser wird subventioniert.

Die JED setzt sich für einen verstärkten Tierschutz ein. Tierversuche müssen abgeschafft werden.

Der Klimawandel ist eine ernstzunehmende Bedrohung für unseren Planeten. Das Pariser Abkommen muss daher unbedingt eingehalten werden.

6 Flüchtlingspolitik:

Die JED ist für offene Grenzen für Hilfesuchende und tut alles im Sinne des Wohlergehens der Menschen, denn hilfesuchende Familien können an den Grenzen nicht einfach abgewiesen werden. Unsere Aufgabe als Bürger der EU ist die Wahrung von Menschen- und Asylrechten, vor allem in Notsituationen, zu gewährleisten. Damit stellt sich die JED klar hinter die Genfer Flüchtlingskonvention und stellt sich gegen jedwede Art der Obergrenze.

Den Flüchtlingen muss des Weiteren ein umfassenderes Angebot an Integrationsangeboten zur Verfügung gestellt werden. Auch müssen Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse gesenkt werden. So sollen anerkannte Flüchtlinge so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Der größte Aufwand muss in die Integration der Immigranten gesteckt werden, um ihnen nicht nur Schutz vor Krieg zu bieten, sondern auch eine Chance auf ein glückliches und erfülltes Leben. Dies erreichen wir durch eine stärkere Einbindung von Flüchtlingen in jeden Bereich unseres Alltags, sei es Schule, Universität, Arbeitsplatz oder öffentlicher Raum.

Rassismus darf besonders aufgrund der deutschen Geschichte, aber alleine durch den gesunden Menschenverstand, niemals wieder in Deutschland, Europa oder der Welt eine bedeutende Rolle spielen. Wir, alle deutschen Mitbürger, müssen lernen, in gegenseitigem Respekt und in Würde mit allen anderen Menschen dieser Welt zu leben. Dies ist der JED wohlmöglich das wichtigste Anliegen.

7 Wirtschaftliches:

Wir sehen Deutschland als europäisches Silicon Valley und werden durch das Fördern von Start-Ups wirtschaftlichen Fortschritt gewährleisten, denn Deutschland zeigt sich schon als Land des technologischen Fortschrittes und der Innovation und soll diese Eigenschaft weiterhin verstärkt aufweisen.

Die JED ist der Meinung, dass der Mindestlohn ab 16 Jahren selbstverständlich ist, da 16-Jährige zu voller Arbeitsleistung fähig sind. Von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen sind Arbeitsverträge die an ihrem Ende einen staatlich anerkannten Abschluss zur Folge haben.

Für Jugendliche und junge Erwachsene mit Anspruch auf Kindergeld und Inanspruchnahme dessen muss die Grenze für Verdienste bei geringfügigen Beschäftigungen auf 650€ im Monat angehoben werden, damit Schülern und Studenten ein Anreiz bzw. eine Möglichkeit gegeben wird, eigenes Geld zu verdienen und ggf. für den eigenen Unterhalt zu sorgen.

Wir fordern eine gerechte Reform der Erbschaftssteuer, auch wenn Arbeitsplätze nicht gefährdet werden sollten, darf es nicht sein, dass der Mittelstand einseitig belastet wird. Wir fordern eine strengere Prüfung der Bedürftigkeit einer Steuerentlastung. Eher sollte eine Stundung der Forderungen geprüft werden, welche dann über die Quartalsgewinne getilgt werden könnte.

Wir setzen uns für eine Einführung der Finanztransaktionssteuer ein, um den rein spekulativen Handel von Wertpapieren an der Börse zu verhindern. So werden Spekulationsblasen eingedämmt und der Finanzmarkt wird auf Dauer stabilisiert. Spätestens die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 haben uns gezeigt, dass die Finanzmärkte der Verantwortung über unser aller Geld nicht gerecht werden. Leider wurde bis jetzt verpasst wirkliche Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir den Kurs ändern. Insgesamt müssen systemrelevante Banken besser überwacht werden. Der Trend, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, muss aufhören.

Der demographische Wandel betrifft uns alle. Leider wurden bisher nur die Probleme aufgezeigt, das Geld aus den zur Zeit vollen Rentenkassen aber mit vollen Händen ausgegeben. Wir als JED wollen wirkliche Reformen. Das bisherige Rentensystem kann in Zeiten des demographischen Wandels nicht weiter aufrechterhalten werden. Daher fordert die

JED die Auflösung der deutschen Rentenversicherung. Die bisherigen Beiträge sollen stattdessen direkt an den Bund fließen. Dieser zahlt dann das Geld an die Rentner. Das bisherige Geld soll nicht wie bisher zweckgebunden auf seine Verwendung warten, sondern für Investitionen in die Zukunft wie Bildungs- und Infrastrukturprojekte ausgegeben werden dürfen. So soll das durchschnittliche Einkommen derart erhöht werden, dass genug Geld zur Verfügung steht, um der gestiegenen Anzahl an Rentenempfängern Herr zu werden. Gleichzeitig will die JED eine Mindestrente in Höhe von 1500€ im Monat einführen, um jedem einen angemessenen Lebensabend zu garantieren, auch den Menschen, die sich eine private Altersvorsorge nicht leisten konnten. Außerdem sollen Spitzenrenten derart gesenkt werden, dass eine Angleichung des Rentenniveaus erzielt wird.

Die Forschung an Gentechnik im Bereich der Pflanzen muss in Deutschland erlaubt werden. Zwar ist die Gentechnik noch nicht so weit, dass sie eingesetzt werden kann und sollte; jedoch können wir nicht davon ausgehen, dass sich die Population der Menschheit in den nächsten 30 Jahren verringert - sie wird extrem ansteigen. Wir müssen als Wirtschaftsmacht dafür sorgen, dass der weltweite Hunger in Zukunft bedient werden kann, besonders im Anbetracht dessen, dass dies nicht einmal heute gelingt. Durch jahrelange Forschung kann man erreichen, dass Gentechnik eine gefestigte Größe der Lebensmittelindustrie wird. Bis dahin ist es jedoch noch ein langer Weg.